

Riesa: Familie aus Venezuela mitten in der Nacht abgeschoben

Eine Familie mit drei Kindern wird von Riesa nach Venezuela zurückgeführt. In ihrer alten Heimat steht sie vor dem Nichts. Das sorgt für scharfe Kritik.



Mitten in der Nacht wurde eine venezolanische Familie in Riesa aus ihrem Umfeld gerissen. In Venezuela droht ihr die Obdachlosigkeit. © Julian Stratenschulte/dpa

Von Stefan Lehmann

3 Min. Lesedauer

Riesa. Eine Abschiebung in Riesa hat heftige Kritik aus der Landespolitik hervorgerufen. Wie der Landtagspolitiker Frank Richter (SPD) am Wochenende mitteilte, ist die venezolanische Familie Fuenmayor Bozo Ende vergangener Woche über Nacht aus ihrer Wohnung geholt und nach Venezuela zurückgeführt worden.

Für die Venezolaner in der Stadt sei das ein Schock gewesen, sagt Klaus-Michael Tschöpe. Er ist Pfarrer in der Katholischen Kirchgemeinde St. Barbara in Riesa, zu der auch die betroffene Familie gehörte. Vergleichbare Fälle hat es laut Tschöpe bisher kaum gegeben, nur vereinzelt seien aus Sachsen bisher Menschen nach Venezuela abgeschoben worden.

Das legt auch die Antwort des sächsischen Innenministeriums auf eine Anfrage der Linkspartei nahe. Von sachsenweit fast 360 betroffenen Personen waren demnach im zweiten Halbjahr 2024 nur sechs aus dem südamerikanischen Staat.

"Sie wurden aus allem herausgerissen"

Klaus-Michael Tschöpe kannte Familie Fuenmayor Bozo, die neunjährige Tochter Isabella hatte wenige Tage zuvor noch am Erstkommunionunterricht teilgenommen. Etwa zwei Jahre dürfte die Familie in Riesa gewesen sein, schätzt er. "Ich habe gestaunt, dass die Kinder schon ziemlich gut Deutsch sprechen." Isabella, das mittlere der drei Kinder, habe manchmal geholfen, wenn er mit seinem eigenen Spanisch nicht mehr weiterkam.

Dass die Familie schon seit etwa einem halben Jahr von der Abschiebung bedroht waren, erfuhr er aber erst im Nachhinein. "Ich bekam am Donnerstag um 1 Uhr nachts den Anruf", erzählt er. Da sei er selbst nicht in Riesa gewesen. Seines Wissens ging es für die Familie gegen 3 Uhr zum Flughafen und über Frankfurt und Madrid nach Caracas. Die beiden Großeltern blieben in Riesa zurück. "Sie wurden aus allem herausgerissen."

SPD-Politiker Frank Richter kritisiert in seinem Schreiben unter anderem die Abschiebepaxis der Polizei. Dass die Behörden mitten in der Nacht vor der Tür der Familie standen, beurteilt er als einen Verstoß gegen den [sächsischen Leitfaden zu Rückführungen, auf den sich die Kenia-Koalition 2022 geeinigt hatte](#). Demnach sollten Abschiebungen in den Nachtstunden vermieden werden. [Darüber hinaus stellt Richter fünf weitere Fragen](#), die unter anderem Vorerkrankungen der Mutter betreffen und den Umgang mit den Kindern in der Nacht.

Abschiebungen nach Venezuela in der Kritik

Frank Richter fragt auch: "Wurde im Vorfeld der Abschiebung geprüft und berücksichtigt, was die Familie in Venezuela erwartet?"

Aus Sicht von Pfarrer Tschöpe ist allein das schon ein Grund, weiter den Kontakt zu halten. Die Eltern seien mit ihren drei Kindern kurz vor Mitternacht in der venezolanischen Hauptstadt gelandet. Die schlimmsten Befürchtungen seien ausgeblieben, sagt der Pfarrer mit Verweis auf Berichte, wonach abgeschobene Flüchtlinge in Venezuela teils direkt verhaftet würden.

Doch in ihrem Heimatland steht die Familie trotzdem vor dem Nichts: Ihr Haus hätten sie vor der Ausreise verkauft, sie sind nun obdachlos. "Ich kann Gott sei Dank ein wenig Spanisch", erzählt Klaus-Michael Tschöpe. Er schreibe nun mit der Familie; es gebe schon Überlegungen, wie man ihnen auch finanziell helfen könne.

In Sachsen leben verhältnismäßig viele venezolanische Flüchtlinge. In der Stadt Riesa bilden sie immerhin die fünftgrößte Gruppe ausländischer Staatsbürger, nach Menschen aus der Ukraine, Syrien, Afghanistan und dem Irak. [Anfang Februar war in Chemnitz erstmals seit 2019 wieder ein Geflüchteter nach Venezuela abgeschoben worden](#). Sowohl Frank Richter als auch Klaus-Michael Tschöpe verweisen im Gespräch mit Sächsische.de auf einen offenen Brief, den venezolanische Flüchtlinge vor einer Woche an Ministerpräsident Kretschmer und Innenminister Armin Schuster (beide CDU) adressiert hatten. Darin machten sie deutlich, "dass unser Herkunftsland nicht sicher ist".

Abschiebungen nach Venezuela, so heißt es weiter, "stellen ein hohes Risiko für die körperliche und geistige Unversehrtheit der Betroffenen und ihrer Familienangehörigen dar, da sie Repressionen, physischer Gewalt, Schikanen und der Verletzung ihrer Menschen- und Bürgerrechte ausgesetzt sind."